

Gekapert aus der Mitte

Das Holocaustgedenken im Vereinigten Königreich

David Feldman

Im 21. Jahrhundert ist der Holocaust in Großbritannien zu einem wichtigen Element der Schulbildung geworden und auch aus der Geschichtskultur nicht mehr wegzudenken. Mehrere britische Regierungen nacheinander förderten den Schulunterricht zum Thema Holocaust und trugen so dazu bei, das Holocaustgedenken zu intensivieren und zu institutionalisieren. Der Holocaust ist das einzige Pflichtthema im nationalen Schullehrplan für Geschichte. Die britische Regierung finanziert Besuche in Polen, damit Jugendliche vor Ort über und von Auschwitz lernen können. Der Holocaustgedenktag wird im ganzen Land in Gemeinden und in einer Vielzahl von Einrichtungen begangen. Alle politischen Parteien, die Konservativen ebenso wie Labour und die Liberaldemokraten, engagierten sich für den Bau eines Holocaustdenkmals und -lernzentrums.¹

Das war nicht immer so. Noch in den frühen 1980er Jahren war die britische Regierung in dieser Sache gespalten und danach letztlich nur halbherzig dabei, als es darum ging, der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Bereits 1979 hatte sich das Board of Deputies of British Jews, die wichtigste Organisation der jüdischen Gemeinschaft in Großbritannien, an die von Margaret Thatcher geführte konservative Regierung gewandt. Es ging um den Vorschlag, ein Holocaustdenkmal in der Nähe des Kenotaphs zu errichten, des Nationaldenkmals für die Toten des Ersten Weltkriegs im Königreich und im

1 Andy Pearce: Holocaust Consciousness in Contemporary Britain. London: Routledge 2014, Kap. 3; ders.; The Holocaust in the National Curriculum after 25 Years. In: Holocaust Studies: A Journal of Culture and History 23(3), 2017, S. 231–262, S. 242; Lucy Russell: Teaching the Holocaust in School History: Teachers or Preachers? London: Continuum 2006; David Tollerton: Holocaust Memory and Britain's Secular Landscape: Politics, Sacrality and Diversity. Abingdon: Routledge 2020, Kap. 5–6.

Commonwealth von 1920, das in unmittelbarer Nähe des Parlaments steht.² Die Anfrage stieß auf Widerstand. In Zuschriften aus der Bevölkerung wurde die Befürchtung laut, dass ein Holocaustmahnmal den »geheiligten nationalen Raum« entweihen könnte. Diesen Bedenken schloss sich der damalige Verteidigungsminister Francis Pym an, als er fürchtete, die geplante Gedenkstätte könnte als »ein eher seltsamer Neuling« auf diesem Platz wirken, der doch eigentlich »der britischen Nationalgeschichte und unseren eigenen Siegen und Niederlagen« gewidmet sei.³ Die stärksten Einwände kamen von Außenminister Lord Carrington. Dieser konnte keinen Grund erkennen, warum Land, das sich im Besitz der Krone befand, für die Erinnerung an Ereignisse genutzt werden sollte, die nicht auf britischem Territorium stattgefunden hatten – und an denen zudem kein größerer Teil der britischen Bevölkerung beteiligt gewesen war. Darüber hinaus äußerte Carrington die Sorge, dass solch eine Gedenkstätte von der Bundesrepublik Deutschland als Affront angesehen werden könnte. Mit anderen Worten: Das Holocaustgedenken wurde nicht als Teil der nationalen Geschichte angesehen, hatte keine universelle Bedeutung und sollte nicht die Beziehungen zu einem geschätzten Verbündeten belasten.⁴ Am Ende stellte die Regierung einen abgelegenen Ort im Hyde Park für das Denkmal zur Verfügung. Der Gedenkstein selbst blieb in seiner Botschaft uneindeutig: Es ließ sich nicht richtig erkennen, ob es darum ging, an alle Opfer der nationalsozialistischen Mordpolitik zu erinnern oder insbesondere an die jüdischen Opfer. An den Kosten des *Hyde Park Holocaust Memorial* in vierstelliger Höhe beteiligte sich der Staat nicht – sie wurden vollständig von privaten Spendern aufgebracht.⁵

Die Thatcher-Regierung verhielt sich in den frühen 1980er Jahren auffällig zurückhaltend in Bezug auf das Engagement des Staates für die Holocaust-Erinnerungsarbeit. Im Gegensatz dazu richtete 2014 David Cameron, ein anderer Premierminister der Konservativen, eine Kommission ein, die sicherstellen sollte, »dass die Erinnerung an den Holocaust und die Lehren daraus niemals

2 Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 38–39; Chad D. Macdonald: *Memory Protagonists and the Construction of Holocaust Memory in London, 1938–2001*. Diss. University of Bristol 2019, S. 87–88.

3 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 89ff., S. 100.

4 Willie Rickett an Helen Ghosh. 12.11.1981, National Archive PREM 19/841.

5 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 103f.; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 93ff.; Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 398–441.

vergessen werden und dass das Vermächtnis der Überlebenden von Generation zu Generation weiterlebt.«⁶ Seit seinem Amtsantritt als Regierungschef im Jahr 2010 umwarb Cameron die jüdische Gemeinschaft: Er versprach, den Antisemitismus zu bekämpfen, Israel zu unterstützen und die Juden im Vereinigten Königreich als vorbildliche Minderheit hervorzuheben. Seine Bemühungen wurden bei den Parlamentswahlen 2015 belohnt, als die jüdische Gemeinschaft zum ersten Mal in einer deutlichen Mehrheit für die *Conservative Party* votierte.⁷ Die Holocaustkommission stärkte die besondere Beziehung zwischen den Konservativen und der Mehrheit der jüdischen Wähler, auch wenn sie eigentlich parteiübergreifend aufgestellt war – zu ihren Mitgliedern gehörten auch prominente Mitglieder von Labour und den Liberaldemokraten. All das zeigt, auf welch breite Unterstützung die Regierung jetzt für das Holocaustgedenken zählen konnte.

2019 folgte Theresa May als nächste Premierministerin der Konservativen der Kommissionsempfehlung und kündigte den Plan an, in den *Victoria Tower Gardens* – also in unmittelbarer Nähe der *Houses of Parliament* und der *Westminster Abbey* – ein neues *National Holocaust Memorial and Learning Centre* zu errichten. Die Initiative wurde von den politischen Parteien der Konservativen, Labour und Liberaldemokraten gleichermaßen unterstützt und von den ehemaligen Labour-Premierministern Tony Blair und Gordon Brown persönlich befürwortet.⁸ Die Regierung sicherte dem Projekt 75 Millionen Pfund an öffentlichen Mitteln für den größten Teil der Baukosten zu und versprach außerdem, der Öffentlichkeit freien Eintritt zu gewähren. Letzteres war über das rein Finanzielle hinaus von hoher symbolischer Bedeutung, wie der zuständige Minister betonte. Der freie Eintritt werde die geplante Gedenkstätte »auf die gleiche Stufe stellen wie andere Denkmäler und Museen von nationaler Bedeutung«.⁹

6 Britain's Promise to Remember: The Prime Minister's Holocaust Commission Report. London: Cabinet Office 2015, S. 10.

7 Community Security Trust: Die Rede des Premierministers. 9.3.2015. <https://www.gov.uk/government/speeches/community-security-trust-cst-prime-ministers-speech>; Andrew Barclay, Maria Sobolewska und Robert Ford: Political Realignment of British Jews: Testing Competing Explanations. In: Electoral Studies 61, 2019. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0261379419300721>.

8 Tollerton: Holocaust Memory, S. 126.

9 Presseerklärung der britischen Regierung: Planning Permission Granted for new UK Holocaust Memorial. 29.7.2021. <https://www.gov.uk/government/news/planning-permission-granted-for-new-uk-holocaust-memorial>; Presseerklärung der britischen

Der Bericht der Holocaustkommission des Premierministeriums aus dem Jahr 2015 ist nicht nur deshalb von Bedeutung, weil er den Bau eines Denkmals und einer Lernstätte empfiehlt, sondern auch, weil dort die wichtigsten Gründe und Ziele der Gedenkkultur und Holocaust-Erziehung im Vereinigten Königreich dargelegt werden. In diesem Bericht sind die Grundsätze formuliert, auf denen der heutige Konsens beruht. Erstens: Der Zweck von Holocausterziehung und -erinnerung bestehe darin, gute Bürger heranzubilden. Wörtlich heißt es dazu: »Durch die Aufklärung junger Menschen über den Holocaust bekräftigt Großbritannien seine Verpflichtung, sich Vorurteilen und Hass in all seinen Formen entgegenzustellen.« Auf diese Weise könnten »einfühlsame Bürger mit Toleranz für die Überzeugungen und Kulturen anderer« gewonnen werden.¹⁰ Das Augenmerk liegt also im Kern auf den Individuen und weniger auf dem Staat. Bemerkenswerterweise gilt dies auch für den Holocaust selbst, der als historischer Ausdruck von Unvernunft und Vorurteilen dargestellt wird – »letztlich das Ergebnis von tausend Jahren an europäischem Antisemitismus« – und nicht als Folge einer bewussten Politik, die von einem Staat unter den Bedingungen des totalen Krieges betrieben wurde.¹¹

Zweitens könne das Holocaustgedenken dazu beitragen, den britischen Patriotismus als zentralen liberalen Wert Großbritanniens aufzurufen und »dafür sorgen, dass die Erinnerung an den Holocaust und die Lehren daraus niemals vergessen werden, was eine Herzensangelegenheit für das Vereinigte Königreich und für seine Werte als Nation ist«, wie es der Bericht formuliert.¹² Ein prominentes und überaus aktives Mitglied in Camerons Kommission hob hervor, das geplante Denkmal sei »für die Juden, aber nicht nur für die Juden«. Es sei »für alle [...], für das ganze Land«.¹³

Ganz offensichtlich hat sich in den vier Jahrzehnten seit der Entscheidung für die Errichtung des unauffälligen und in seiner Aussage uneindeutigen *Hyde Park Memorial* der Stellenwert des Holocaust im Gedächtnis der britischen Öffentlichkeit stark verändert. Obwohl dieser Wandel in den Jahren ab 2010, seit

Regierung: Jenrick Announces Free Admission to the Proposed UK Holocaust Memorial. 28.1.2021. <https://www.gov.uk/government/news/jenrick-announces-free-admission-to-the-proposed-uk-holocaust-memorial>.

10 The Prime Minister's Holocaust Commission Report, S. 9.

11 Ebd., S. 5–6.

12 Ebd., S. 21.

13 Tollerton: Holocaust Memory, S. 41.

die *Conservative Party* ohne Unterbrechung die Regierung stellt, einen Höhepunkt erreicht hat, wurden die Veränderungen auch von Elementen der politischen Linken geprägt.

Die ersten Schritte dazu hatten Gruppierungen aus der Zivilgesellschaft unternommen, die sich in den frühen 1980er Jahren gegen Rassismus und gegen die sichtbare Präsenz von Neofaschisten engagierten. Die Politik und Rhetorik der Thatcher-Regierung in Bezug auf Einwanderung und Staatsangehörigkeitsrecht stießen bei rassifizierten Minderheiten und antirassistischen Aktivist*innen auf Widerstand, weil sie dies als eine Rückkehr des rassistischen Diskurses in die Mitte der britischen Politik empfanden.¹⁴ Neonazis wurden in Londoner Innenstadtteilen wie dem East End immer präsenter. Ziel von rassistischer Schikane und Gewalt wurden im East End insbesondere die neuen Einwanderer aus Bangladesch und Pakistan, die nun im einst vorwiegend jüdischen Viertel ihr Zuhause gefunden hatten. Sonntags veranstalteten Neofaschisten Lesungen, in denen behauptet wurde, dass der Holocaust eine Lüge sei.¹⁵

In dieser Atmosphäre begannen die zivilgesellschaftlichen Organisationen, ein historisches Bewusstsein für den Holocaust zu entwickeln und das Wissen darüber zu fördern. 1983 fand eine Ausstellung mit dem Titel *Auschwitz: An Exhibition* (»Auschwitz: Eine Ausstellung«) in der Krypta einer Kirche im Londoner East End statt. Das Begleitheft zur Ausstellung trug die Überschrift *Auschwitz: Yesterday's Racism* (»Auschwitz: Der Rassismus von gestern«). Der Katalog erklärte, dass eine weltweite wirtschaftliche Rezession und hohe Arbeitslosigkeit Bedingungen schufen, in denen Faschismus und Rassismus gedeihen: »Dies ist ein fruchtbarer Boden für Extremisten, um Anhänger zu gewinnen. Auschwitz zeigt, wohin das führen kann.«¹⁶ Die Ausstellung und der Katalog veranschaulichten, wie die Aktivist*innen in den 1980er Jahren in antirassistischen Kampagnen Kenntnisse über den Holocaust vermittelten und Aufmerksamkeit für dieses historische Ereignis erzeugten.

Ein zweiter wichtiger Impuls für die Sensibilisierung für den Holocaust ging von der Wahl einer Labour-Regierung unter Tony Blair im Jahr 1997 aus. Das Kabinett Blair führte einen moralistischen Unterton in die Politik ein. Beabsichtigt war, im Ausland eine ethische Außenpolitik zu betreiben und im In-

14 Paul Gilroy: *There Ain't no Black in the Union Jack*. London: Hutchinson 1987.

15 Macdonald: *Memory Protagonists*, S. 124–125.

16 Ebd., S. 112; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 49.

land die Rechte und Pflichten der Staatsbürgerschaft zu erneuern.¹⁷ In beiden Projekten sollte der Holocaust eine zentrale Rolle spielen.

Schon bald nach Amtsantritt setzte Blair eine Expertengruppe ein, die die staatsbürgerliche Erziehung einer Revision unterziehen und Empfehlungen dazu abgeben sollte. In dieser Zeit wuchs unter Liberalen und Linken die Überzeugung, dass die Staatsbürgerschaft grundsätzlich neugestaltet werden müsse, um der zunehmend vielfältigen und multikulturellen Bevölkerung Großbritanniens Rechnung zu tragen.¹⁸ Mit diesen Überlegungen stand auch die Ankündigung der Regierung im Zusammenhang, einen Holocaustgedenktag einführen zu wollen. Die Regierung erklärte, dass das geplante Gedenken ihr Versprechen unterstütze, »dass alle Bürger – ohne Unterschied – frei und in vollem Umfang am wirtschaftlichen, sozialen und öffentlichen Leben der Nation teilnehmen sollten«.¹⁹ Diese Formulierung der Rechte aller Bürger wandelte sich jedoch schnell in eine Betonung ihrer Pflichten. Im Rahmen der Vorbereitungen für den ersten Holocaustgedenktag verschickte die Regierung eine Informationsbroschüre an alle Schulen des Landes. Ziel dieses Gedenktages sei es nicht nur, hieß es dort, »das Bewusstsein und das Verständnis für den Holocaust zu erhöhen«, sondern auch »die Werte einer toleranten und vielfältigen Gesellschaft [...] und die Verantwortung aller Bürger hervorzuheben«. In ähnlicher Weise erklärte Tony Blair bei der Ankündigung des Gedenktages, dass er ein Bollwerk gegen diejenigen sein werde, die »ein gerechtes, tolerantes und multiethnisches Großbritannien« zerstören wollten.²⁰

Dieser innenpolitische Schwerpunkt auf Staatsbürgerschaft und Holocaust wurde durch die Einrichtung der *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* im Jahr 1998 untermauert. Auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson eingerichtet und von Bill Clinton und Tony Blair unterstützt, war es ein Projekt

17 Richard Little und Mark Whickham-Jones (Hg.): *New Labour's Foreign Policy: A New Moral Crusade?* Manchester: Manchester University Press 2000; Ben Kisby: *The Labour Party and Citizenship Education*. Manchester: Manchester University Press 2012.

18 Bikhu C. Parekh: *The Future of Multi-Ethnic Britain: Report of the Commission on the Future of Multi-Ethnic Britain*. London: Profile Books 2002.

19 Government Proposal for a Holocaust Remembrance Day. London: Home Office 1999, S. 3.

20 Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 76, S. 189.

führender Politiker der Mitte nach dem Ende des Kalten Krieges.²¹ Wie Tony Judt feststellte, wurden die Holocausterinnerung und -erziehung in diesen Jahren zur Eintrittskarte für osteuropäische Staaten, die sich um westliche Anerkennung bemühten.²² Dies war jedoch nur möglich, weil das Holocaustgedenken nun eine strategische Rolle bei der ideologischen Rekonstruktion der westeuropäischen Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges spielte. In Westeuropa und nicht zuletzt in Großbritannien, wurde der Kampf gegen den Antisemitismus nun als Garant für Menschenrechte und Toleranz in der Gegenwart angesehen, eben weil die Demokratie nach 1945 auf der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes aufbaute. Der Krieg auf dem Balkan bot dann einen Anlass für diese Instrumentalisierung des Holocaustgedenkens. Im April 1999 rief Tony Blair zu militärischen Maßnahmen auf, um serbische ethnische Säuberungen und Massenmorde an muslimischen Albanern im Kosovo zu verhindern, und erinnerte bei dieser Gelegenheit an den Holocaust. Er erklärte, man sei von etwas bedroht, »von dem wir gehofft hatten, dass wir es in Europa nie wieder erleben würden«.²³

Das Projekt des Holocaustgedenkens stand somit auch im Kontext des Kampfes gegen die wiedererstarkende Rechte in Europa. Denn das von der internationalen *Task Force for Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research* im Jahr 2000 einberufene *Internationale Forum* zum Holocaust in Stockholm fiel mit den Plänen des österreichischen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel zusammen, eine Koalition mit Jörg Haiders *Freiheitlichen Partei* einzugehen, die zweitstärkste Kraft im österreichischen Parlament geworden war. Zusätzlich zu seiner Haltung gegen Einwanderung war Haider berüchtigt für seine Weigerung, Österreichs nationalsozialistische Vergangenheit zu verurteilen, aber auch für seine eigenen antisemitischen Äußerungen sowie für seine Teilnahme an einem Treffen ehemaliger SS-Offiziere.²⁴ Haider wurde auf der Stockholmer Konferenz von mehreren führenden Politikern kritisiert und verurteilt. Die BBC bezeichnete das Stockholmer Forum als »weltweites

21 Larissa Allwork: *Holocaust Remembrance between the National and the Transnational: The Stockholm International Forum and the First Decade of the International Task Force*. London: Home Office 2015.

22 Tony Judt: *Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart*. Übersetzt von Matthias Fienbork und Hainer Kober, München: Hanser.

23 Allwork: *Holocaust Remembrance*, S. 55; Tony Blairs Rede »Doctrine of the International Community« in Chicago am 24.4.1999. <http://www.britishpoliticalspeech.org/speech-archive.htm?speech=279>.

24 Allwork: *Holocaust Remembrance*, S. 33, S. 67f.

Alarmsystem angesichts des Aufstiegs der extremen Rechten.«²⁵ Innerhalb der *Task Force* war es Großbritannien, das den Vorschlag unterbreitet hatte, einen internationalen Gedenktag an die Opfer des Holocaust festzulegen.

Gerade die zeitgleichen Ereignisse im Kosovo und in Österreich zeigten, welche Rolle Politik und Staat dabei spielen können, Faschismus, Antisemitismus und Rassismus wieder salonfähig zu machen. Umso verwunderlicher ist es daher, dass bei dem Holocaustgedenken, so wie es in Großbritannien institutionalisiert wurde, die Rollen von Staat und Politik weitgehend ausgeklammert sind. Zwar wurde in der Informationsbroschüre für Schulen zum Holocaustgedenktag wurde das nationalsozialistische Deutschland als »Racial State« (»rassistischer Staat«) bezeichnet. Damit wurde einem wichtigen historiografischen Trend der 1990er Jahre gefolgt, der zugleich nützlicher Rahmen für Überblicksdarstellungen war, weil er, obgleich er den Massenmord an den Juden in den Mittelpunkt stellte, gleichzeitig ein universalistisches Verständnis des Holocaust beförderte: Opfer des rassistischen Staates waren auch Millionen von Nicht-Juden.²⁶ Doch obwohl damit anerkannt wurde, dass das Verbrechen des Holocaust durch eine staatliche Macht begangen worden war, entschied man sich dazu, zum Holocaustgedenktag nicht weiter auf den Missbrauch und die Verantwortung von Politik und Verwaltung einzugehen. Innenminister Jack Straw erklärte: »Die Lehren, die wir daraus ziehen, gelten für uns alle.«²⁷ Den Schülerinnen und Schülern wurde vermittelt, dass es wichtig sei, kein Mitläufer zu sein und Mobbing entgegenzutreten, wie in Schulversammlungen gezeigt wird.²⁸ Bei dieser Herangehensweise liegt der Schwerpunkt also auf Toleranz und Empathie. Die Zeitzeugenberichte bei Gedenkveranstaltungen wiederum zielen auf emotionale Reaktionen und Mitgefühl. Doch die Betonung der persönlichen Erfahrung lenkt zwangsläufig von dem Prozess ab, durch den der Massenmord an den Juden zu einer von einem Staat in Kriegszeiten verordneten Politik wurde. Die Rhetorik rund um den Holocaustgedenktag und die Praxis der Erinnerung im Allgemeinen führt dazu, dass die wahre Gefahr von den Vorurteilen und Hass in der Bevölkerung ausgeht; von einer Bevölkerung, die grausam und intolerant werden könnte, wenn sie nicht von einem gütigen Staat gelenkt wird. Angesichts der Tatsache, dass die »Endlösung« ein staatliches Projekt war, das unter den Bedingungen eines

25 Ebd., S. 69.

26 Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 76, S. 189

27 Tollerton: *Holocaust Memory*, S. 37.

28 Ebd., S. 66; Pearce: *Holocaust Consciousness*, S. 80.

totalen Krieges durchgeführt wurde, ist die Abwesenheit des Staates in der Gedenkkultur zum Holocaust ein irritierender Befund.

Der Konsens über die Holocausterziehung und -erinnerung in Großbritannien basiert auf Vorstellungen von individueller Verantwortung und Patriotismus. Diese entpolitisierte Konstruktion des Holocaust zeitigt bedauerliche Konsequenzen, und zwar für die Art und Weise, wie wir sowohl Antisemitismus als auch Rassismus im weiteren Sinne begegnen. Zuvorderst behindert die Nicht-Thematisierung des Staates unsere Fähigkeit, dem Holocaust angemessen zu gedenken. Sicherlich waren am Massenmord der Deutschen an den Juden auch Individuen beteiligt, die entsprechende Entscheidungen trafen; aber sich hierauf zu beschränken, führt zu einem grundlegenden Missverständnis, da es sich beim Holocaust sehr wohl um eine staatlich gesteuerte Unternehmung gehandelt hatte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass eine 2016 durchgeführte Umfrage unter britischen Studierenden, die sich mit dem Holocaust beschäftigt hatten, große Lücken in Wissen und Verständnis aufzeigte.²⁹

Darüber hinaus fördert die Rhetorik des Gedenkens allzu oft die irriige Auffassung, dass der Holocaust für alle Zeiten die eigentliche Verkörperung des Antisemitismus sei, in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dabei stellt das Fortbestehen des Antisemitismus in Europa eine große Herausforderung dar, aber manche Äußerung der Holocaustkommission des Premierministeriums bringt uns bei der Bewältigung des Problems nicht wirklich weiter. Wenn es dort beispielsweise heißt: »Das Versäumnis, Lehren aus dem Holocaust zu ziehen, kann abgelesen werden an der [...] Zunahme der Zahl antisemitischer Vorfälle im Vereinigten Königreich«,³⁰ dann hilft dies uns wenig dabei, den Antisemitismus zu verstehen und ihm entgegenzutreten, da es nahelegt, dass Antisemitismus immer mörderisch sei und immer eine – zumindest potenziell – existenzielle Bedrohung für Juden darstelle. Dies rückt die weitaus alltäglicheren Muster der Diskriminierung, Verunglimpfung und Abneigung in den Hintergrund, von denen jüdische Menschen seit Jahrhunderten betroffen sind und die bis heute fortbestehen. Holocaust und Erziehung können nach hinten losgehen und dazu beitragen,

29 Stuart Foster u.a.: *What do Students Know and Understand about the Holocaust*. London: Centre for Holocaust Education 2016.

30 The Prime Minister's Holocaust Commission Report, S. 10.

dass manche, auch ausgesprochene Antirassisten, nur dann Antisemitismus erkennen, wenn er in faschistischer und genozidaler Form auftritt.³¹

Die Absenz des Staates in unserem Verständnis von Antisemitismus trägt auch zu einer Gleichsetzung von Antisemitismus mit Antizionismus oder mit Israelkritik bei. Das Wort »Antisemitismus« ist in den 1880er Jahren in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Von Anfang an war die Kampagne gegen Antisemitismus eine Kampagne für Minderheitenrechte. Wir dürfen die entscheidende Funktion staatlicher Macht auch hier nicht aus den Augen verlieren, weil wir sonst Gefahr laufen, die ursprüngliche Bedeutung von Antisemitismus aufzugeben. Denn auf keinen Fall sollte – wie heutzutage immer wieder fälschlicherweise suggeriert wird – Antisemitismus verwechselt werden mit dem Widerstand gegen ein staatliches Projekt im Nahen Osten, in dem Juden in der Mehrheit sind und in dem der jüdische Staat die Rechte der Palästinenser mit Füßen tritt.

Das Versäumnis, sich mit dem Staat zu befassen, beschränkt nicht nur das Antisemitismusverständnis von Bildungs- und Gedenkpraktiken, sondern es kappt auch wichtige Wege, die Geschichte des Holocaust mit dem Rassismus der Gegenwart zu verbinden. Der Holocaust ist in Großbritannien zu einem konsensualen Fixpunkt Konsenspunkt im Kontext von Kulturkämpfen geworden, die immer wieder in öffentliche Debatten ausbrechen, insbesondere über das Erbe der Sklaverei und des Kolonialismus und über deren Bedeutung für das Vereinigte Königreich heute.³² Dabei geht es um Fragen der Geschichte und der Erinnerung, des Rassismus und der Identität. Es sind die gleichen Fragen, die auch das Holocaustgedenken in den Mittelpunkt stellt. Doch im Fall des Holocaust war das Ergebnis Konsens und nicht Uneinigkeit. Ein Grund für diesen Unterschied mag darin liegen, dass Großbritannien nicht direkt in den Holocaust verwickelt war. Es ist aber auch bezeichnend, dass Holocaust und Antisemitismus als Themen behandelt werden, die in erster Linie mit Moral und persönlichem Verhalten zu tun haben. Kolonialismus und Sklaverei sind dagegen zwangsläufig mit dem britischen Staat verbunden, ebenso wie die

31 Ben Gidley, Brendan McGeever und David Feldman: Labour and Antisemitism: A Crisis Misunderstood. In: *The Political Quarterly* 91(2), April–Juni 2020. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/1467-923X.12854>.

32 Siehe zum Beispiel den Streit über den Stellenwert von Kolonialismus und Sklaverei in der Arbeit des National Trust. <https://www.nationaltrust.org.uk/who-we-are/research/addressing-our-histories-of-colonialism-and-historic-slavery>; <https://www.restorustrust.org.uk/colonialism-slavery-report>.

systemische Benachteiligung, unter der People of Color im Vereinigten Königreich bis heute leiden. Dies ist einer der Gründe, warum der Holocaust und der Antisemitismus diejenigen Formen des Rassismus sind, um die sich die britische Regierung seit den späten 1990er Jahren bevorzugt kümmert.

Das Argument lässt sich auch anders formulieren: Die Mittel für das Holocaustdenkmal und -lernzentrum der Regierung wurden genau zu der Zeit bereitgestellt, als das Innenministerium vom Windrush-Skandal betroffen war – Tausende gesetzestreuer schwarzer Briten aus der Karibik waren mit einem Schlag als illegale Einwanderer eingestuft worden. Einer unbekanntem Zahl wurde der Zugang zu bezahlter Arbeit und Wohnraum verwehrt, viele Menschen wurden abgeschoben.³³ Der Windrush-Skandal unterstreicht die anhaltende Bedeutung des Staates als Akteur des Rassismus; und die derzeitige Praxis der Holocausterinnerung hält auch dafür her, dies zu verschleiern. Dabei sollte das Holocaustgedenken eigentlich über die Vergangenheit aufklären und eine antirassistische Botschaft für die Gegenwart vermitteln. Beides gelingt bis heute nicht besonders gut.

33 Amelia Gentleman: *The Windrush Betrayal: Exposing the Hostile Environment*. London: Guardian Books 2019.